

Sprechzettel
für die Sitzung des
Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
am Mittwoch, dem 20. September 2000

TOP 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2000

Anrede,

der Ihnen vorliegende Entwurf eines Nachtragshaushaltes 2000 sieht für den Einzelplan 08 in zwei Bereichen Ausgabeerhöhungen vor, die ich Ihnen gerne erläutern möchte.

Zunächst darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine neue Haushaltsposition lenken, die von der finanziellen Ausstattung her zwar ganz unbedeutend, von ihrem inhaltlichen Hintergrund aber ungemein wichtig ist:

Sie finden diese Position beim Kapitel 08 030; dort sind unter dem Titel 831 00 für den Erwerb einer Beteiligung 13.000 DM veranschlagt worden.

Eine der wichtigsten außenwirtschaftlichen Aktivitäten meines Hauses wird in den nächsten Jahren darin bestehen, die nordrhein-westfälische Wirtschaft bei der Erschließung neuer

Märkte in Mittel- und Osteuropa im Rahmen der Osterweiterung

der Europäischen Union konkret zu unterstützen.

Markterkundungen haben ergeben, dass dort bis etwa 2015 Infrastrukturinvestitionen von rund 200 Milliarden Mark insbesondere in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllverbrennung und -deponierung, Luftreinhaltung sowie für den Anschluss an europäische Verkehrskorridore anstehen.

Hier erschließt sich ein großer neuer Markt für die nordrhein-westfälische Wirtschaft, der von der Europäischen Union gefördert und durch Europäische Programme finanziell unterstützt wird. Diese finanzielle Unterstützung der EU wollen wir für unsere Unternehmen nutzbar machen.

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass in den Bereichen Abwasser und Abfall, Straßenbau und Eisenbahnen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft in den nächsten 10 bis 15 Jahren ein Auftragsvolumen von 25 Milliarden Mark gewonnen werden kann. Dazu sind von staatlicher Seite und von Seiten der Wirtschaft Maßnahmen erforderlich, die weitreichende Auswirkung auf die politische und organisatorische Gestaltung unserer Wirtschaftsförderung haben werden.

Marktinformation und –erschließung erfordern bei den Größenordnungen, über die wir jetzt sprechen, geschätzte Kosten von jährlich 10 bis 15 Millionen Mark. Dazu ist ein abgestimmtes Vorgehen von Politik und Wirtschaft des Landes Nordrhein-

Westfalen und ein privatwirtschaftliches Engagement in personeller und finanzieller Form erforderlich. Das gemeinsame Vorgehen von Politik und Wirtschaft soll in der nordrhein-westfälischen

"Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa" erfolgen, die in Form einer public-private-partnership von meinem Haus und der NRW-Wirtschaft getragen wird.

In einer gemeinsamen Initiative werden wir unsere Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa mit allen Beteiligten aus der Wirtschaft, aus den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft und den Banken abstimmen, ein gemeinsames Konzept erarbeiten und umsetzen, eine finanzielle und personelle Beteiligung der NRW-Wirtschaft einwerben und zielgerichtete und konkrete Markterschließungs- und –sicherungsmaßnahmen durchführen.

Die nordrhein-westfälische Außenwirtschaftsoffensive soll in Form einer nicht erwerbswirtschaftlich orientierten GmbH organisiert werden, an der sich das Land NRW mit

einer Sperrminorität beteiligt. Hauptgesellschafter wird eine Aktiengesellschaft sein, an der sich etwa 100 kleine und mittlere Unternehmen aus den Branchen Verkehr, Energie und Umwelt beteiligen. Zahlreiche Unternehmen haben ihr Interesse an einem solchen Engagement geäußert und werden mit der Gründung dieser Aktiengesellschaft unverzüglich beginnen.

Mit der Gründung der GmbH wird die auf Dauer angelegte Außenwirtschaftsoffensive einen Rahmen erhalten, der Politik und Wirtschaft Nordrhein-Westfalens als kontinuierlich handlungsfähige Einheit dokumentiert. Dies ist gegenüber den osteuropäischen Partnern unabdingbar und verleiht der Außenwirtschaftsoffensive auch gegenüber der NRW-Wirtschaft die notwendige Akzeptanz und Legitimation.

Die Mittel für die Einzahlung auf das Stammkapital der GmbH sind mit 13.000 Mark veranschlagt worden.

Der Anteil des Landes an den operativen Kosten der GmbH in Höhe von rd. 1 Million Mark für das 4. Quartal 2000 wird aus PROFIS-Mitteln finanziert.

Für den Haushalt 2001 ist beabsichtigt, die notwendigen Mittel separat zu veranschlagen.

Es wird notwendig sein, dass sich das Land zunächst für einen Zeitraum von 3 Jahren mit etwa 3,5 Mio. DM pro Jahr beteiligt; nach dieser ersten Anschubphase sollen die öffentlichen Mittel reduziert und durch Mittel der Wirtschaft ersetzt werden. Nach dem 5. Jahr erwarten wir, dass sich die NRW-Außenwirtschafts-offensive ausschließlich aus Beiträgen der Wirtschaft finanziert.

Die zweite Veränderung im Nachtragshaushalt findet bei der "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" statt, und zwar im Kapitel 08 030 bei den Titeln 331 10, 891 76 und 891 77.

Aufgrund der Neuabgrenzung der Fördergebietskulisse verringert sich der Anteil von NRW an der GA-West von bisher 31,43 % auf 29,483 %.

Aus diesem Grunde müssen die Verpflichtungsermächtigungen sowohl beim Landes- als auch beim Bundesanteil um jeweils 35,078 Mio. DM, insgesamt also um 70,156 Mio. DM abgesenkt werden.

Die Barmittel dagegen müssen sowohl beim Landes- als auch

beim Bundesanteil um jeweils 0,989 Mio. DM, insgesamt also um 1,978 Mio. DM erhöht werden. Diese Erhöhung ist notwendig, weil der Bund die Barmittel für das Haushaltjahr 2000 ursprünglich nur entsprechend dem auf 29,483 % abgesenkten Anteil an der GA-West zur Verfügung gestellt hat.

Der sich daraus ergebende Ansatz reicht aber nicht aus, um die in den Vorjahren eingegangenen Verpflichtungen abzudecken. Der Bund hat sich deshalb nun bereit erklärt, die zur Abdeckung der Verpflichtungen notwendigen Barmittel in vollem Umfang zuzugestehen.

Die übrigen Ansatzveränderungen innerhalb des Nachtragshaushaltes dienen der Deckung des soeben erläuterten Mehrbedarfs im Einzelplan 08.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und würde mich freuen, wenn Sie die Veränderungen innerhalb meines Einzelplanes mittragen und insbesondere die Ziele der Außenwirtschaftsoffensive fraktionsübergreifend mit unterstützen würden.